

NIEDERSCHRIFT HFA/0018/2022

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 10.11.2022 im
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers

Herr Marco Lennertz

Frau Ann Katrin Meinert-Vormann Vertretung für Frau
Heike Ahlers

Herr Franz Josef Schulze Thier

Herr Werner Wiesmann

Vertretung für Herrn
Christoph Ueding

Frau Hanna Hüwe

Herr Thomas Jakobi

Herr Carsten Rampe

Herr Thomas Tauber

Frau Iris Pawliczek

Entschuldigt fehlt:

Herr Niels Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Frau Marion Lammers

Herr Stefan Holthausen

Herr Martin Struffert

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Die Vorsitzende Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2026

Frau Lammers erläutert ausführlich die Änderungen des bereits vorgestellten Haushaltentwurfes 2023 anhand der bereits zur Verfügung gestellten Unterlagen und beantwortet einzelne Rückfragen zur Zufriedenheit der Ausschussmitglieder.

Diskussionswürdig ist in den Augen von Herrn Lennertz der im Haushalt enthaltene Ansatz für eine "Hydraulikpolleranlage aus 2 Hochsicherheitspollern Markt". Dies sei eine Maßnahme aus dem Mobilitätskonzept, welches bislang lediglich zur Kenntnis genommen wurde. Der richtige Weg sei doch, zunächst eine Maßnahme im Ausschuss zu beraten, dann einen Beschluss zu fassen und im Anschluss über die Finanzierbarkeit zu reden. Herr Lennertz schlägt vor, diesen Haushaltsansatz aus dem Haushalt 2023 herauszunehmen.

Herr Messing entgegnet, dass bereits im letzten Jahr Veranstaltungen durchgeführt wurden, die mit temporären Sperrungen des Marktplatzes verbunden waren. Im Rahmen des "InnenStadtSommers" zum Beispiel gab es – so Herr Messing – positive Rückmeldungen. Die Problematik bei allen Veranstaltungen im Marktbereich erfordert einen Schutz gegen mögliche Amoklagen. Die Sperrungen sind nach wie vor temporär vorgesehen – tages- bzw. auch nur stundenweise. Er weist darauf hin, dass in Nachbarkommunen versenkbare Polleranlagen längst vorhanden sind.

Frau Dirks führt ergänzend aus, dass die Durchführung von Veranstaltungen in den letzten Jahren immer eine Behelfssituation hinsichtlich der Sicherheitsvorkehrungen darstellte. Die zuletzt verwendeten Baken (Aufstellen und Abräumen) nehmen zudem Personal in Anspruch. Veranstaltungen benötigen definitiv Sicherheit.

Herr Tauber betont die Attraktivität der Innenstadt von Billerbeck und das Leben in der Stadt. Die Feste und Veranstaltungen sind temporär. Mit Hinweis auf die Geschehnisse in Münster untermauert Herr Tauber die Notwendigkeit und gibt zu bedenken, ob die zwei vorgeschlagenen Poller ausreichend seien – oder dieses lediglich ein Anfang sei. Die Sicherheit der Bürger und Besucher gehe vor.

Herr Ahlers weist nochmals darauf hin, dass zunächst im Fachausschuss beraten werden sollte, um eine politische Mehrheit als Grundlage für die Durchführung der Maßnahme zu haben.

Abschließend zu dieser Diskussion schlägt Herr Rampe vor, den Haus-

haltsansatz mit Sperrvermerk im Haushaltsentwurf zu belassen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Herrn Rampe zu und die Änderung wird im Haushaltsplan 2023 so berücksichtigt.

Eine weitere wichtige Änderung hat sich – so Frau Lammers – nach der letzten Sitzung am 25.10.2022 ergeben und zwar hinsichtlich der Verwendung der Mittel aus der Billigkeitsrichtlinie. Am 3. November wurde das Förderprogramm progress.NRW neu aufgelegt – dies ermögliche nunmehr eine Photovoltaikanlage für die Johannis Grundschule zu finanzieren - hierdurch könnten zukünftig Einsparungen in Höhe von bis zu ca. 10.000 € für Stromkosten erzielt werden.

Das Programm sieht eine 40 %-ige Förderung vor - unter der Voraussetzung, dass die restlichen 60 % aus Mitteln der Billigkeitsrichtlinie bestritten werden. Die bislang berücksichtigten Maßnahmen müssten dann aus Pauschalen finanziert oder verschoben werden. Eine sehr kurzfristige Entscheidung ist somit erforderlich, um eine Chance auf Berücksichtigung zu haben.

Unter den Ausschussmitgliedern herrscht über die erläuterte Vorgehensweise Einigkeit – auch wenn die gesamte Vorgehensweise laut Herrn Tauber sehr befremdlich sei.

Anschließend kritisiert Herr Lennertz – wie bereits in der vergangenen Sitzung - den Punkt “E-Mobilität” (Fahrzeuge für die Verwaltungsmitarbeiter) und schlägt vor eine gesplittete Abstimmung – einmal über die Anschaffung der E-Scooter und zum zweiten über die Verwendung der Mittel für die LED Beleuchtung in den Schulen.

Zunächst wird über die **Änderung der Mittel aus der Billigkeitsrichtlinie** abgestimmt.

Beschluss:

Der Änderung der Mittelverwendung aus der Billigkeitsrichtlinie wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

Nachfolgend wird über die **E-Mobilität der Verwaltung** abgestimmt.

Beschluss:

Der Mittelverwendung aus der Billigkeitsrichtlinie für die E-Mobilität wird zugestimmt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		5	
Bündnis90/Die Grünen	2		
SPD	2		
FDP	1		

Bürgermeisterin 1

Abschließend lässt Frau Dirks über die Verwendung der Mittel für die **LED-Beleuchtung** in Schulen abstimmen.

Beschluss:

Der Mittelverwendung aus der Billigkeitsrichtlinie für die LED-Beleuchtung wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

Nach den Beschlüssen meldet sich Frau Hüwe (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) und stellt im Folgenden drei Anträge zum Haushalt 2023:

1. Geld für den Bau einer Geflüchtetenunterkunft – Auftrag an die Verwaltung: Festzustellen, welche Förderprogramme für solche Vorhaben angeboten werden / Gibt es Baugrund?
2. Geld für den Artenschutz in Höhe von 20.000 € angesichts der allgemeinen Kostensteigerung – Finanzierungsmöglichkeit über Wohnmobilstellplätze am Freibad
3. Einrichtung einer Stelle des/der Inklusionsbeauftragten im Fachbereich Soziales mit einem Stellenanteil von zunächst 5 h / Woche

Seitens der Verwaltung werden die Anträge zur Kenntnis genommen.

2. **Stellenplan 2023**

Herr Messing erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den bereits angepassten Stellenplan. Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder werden von Herr Messing ausführlich und zufriedenstellend beantwortet.

Grundsätzlich Priorität habe – so Frau Dirks – vorhandene Mitarbeiter zu binden und Fachkräfte zu gewinnen. Ebenso soll allen Auszubildenden die Möglichkeit geboten werden, bei der Stadt Billerbeck weiter zu arbeiten.

Auf Rückfrage von Herrn Tauber hinsichtlich des zusätzlichen Stellenanteils von 0,4 im Fachbereich Soziales betont Herr Messing, dass es sehr schwierig zu beurteilen sei, wie hoch der Arbeitsmehraufwand ab 01.01.2023 sein wird.

Dieses bestätigt Herr Struffert und rechnet mit einer Vervielfachung der eingehenden Anträge.

Nochmals hinterfragt Herr Tauber, ob der zusätzliche Stellenanteil von 0,4 im Fachbereich Soziales ausreichend dimensioniert sei.

Frau Dirks entgegnet, dass – falls “Not am Mann” sein sollte, auf die im nächsten Jahr fertig werdenden Auszubildenden zurückgegriffen werden könne. Diese Weiterbeschäftigung bedarf keiner im Stellenplan aufgeführten Planstelle und Engpässe könnten so zunächst gelöst werden.

Frau Lammers erläutert anschließend, dass die neu eingerichtete Stelle eines Hausmeisters für die Flüchtlingsunterkünfte hinsichtlich der Kosten eliminiert werden können. Der Haushalt der Stadt wird somit nicht im Ergebnis belastet, in der Finanzierung schon.

Herr Messing weist abschließend auf die Teilnahme der nächsten Woche stattfindenden Arbeitsmarktmesse hin mit dem Ziel, den Ausbildungsbedarf des Verwaltungsfachangestellten vorzustellen und somit Bewerber zu generieren.

3. Mitteilungen

Keine.

4. Anfragen

Keine.

Marion Dirks
Vorsitzende

Ute Höning
Schriftführerin